

Projekt „Zukunft Hochschule“

Differenzierung Kooperation Durchlässigkeit

Management Summary



Einleitung

„Zukunft Hochschule“ ist ein Abstimmungs- und Justierungsprojekt zwischen Universitäten und Fachhochschulen, mit dem Ziel die Weiterentwicklung des Hochschulsektors koordiniert und effizient voranzutreiben. So wird sichergestellt, dass die Innovationsfähigkeit des Hochschulsektors, die von zentraler Bedeutung für den Fortschritt und Wohlstand Österreichs ist, erhalten bleibt. Österreich hat ein „naturwüchsig“ entstandenes, rund 70 Einrichtungen umfassendes Hochschulsystem, bestehend aus öffentlichen und privaten Universitäten, Fachhochschulen sowie Pädagogischen Hochschulen. Öffentliche Universitäten und Fachhochschulen sind dabei die beiden größten Sektoren: 22 Universitäten und 21 Fachhochschulen bieten zusammen rund 1.400 Studien an. Das Hochschulsystem ist somit breit und vielfältig aufgestellt, gleichzeitig bestehen jedoch in einzelnen Bereichen Doppelgleisigkeiten und Abstimmungsdefizite. Die Breitenakademisierung der letzten Jahrzehnte wurde zum Großteil von den Universitäten getragen, was dazu führte, dass diese in einzelnen Bereichen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gestoßen sind. Der Österreichische Wissenschaftsrat wiederum hat bereits mehrmals eine Empfehlung für einen langfristigen, groß angelegten Ausbau des Fachhochschulsektors mit dem Ziel „60% Fachhochschul-Studierende an den Gesamtstudierenden“ ausgesprochen.

Vor diesem Hintergrund wurde Mitte Februar 2016 vom damaligen Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner der Startschuss für den Strategieprozess „Zukunft Hochschule“ gegeben, der neben der neuen Universitätsfinanzierung und der konsequenten Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden eines der wichtigsten Projekte für die Weiterentwicklung des österreichischen Hochschulsektors ist.

Ziele des Projekts

Vonseiten des BMFWF wurden drei Ziele für das Projekt formuliert:

- Das Ausbildungsprofil von Universitäten und Fachhochschulen ausprägen.
- Das Studienangebot arbeitsteilig bzw. komplementär strukturieren.
- Die Durchlässigkeit innerhalb des tertiären Sektors stärken.

Dabei gab es folgende Prämissen: Erstens, das Wachstum des Fachhochschulsektors darf nicht auf Kosten der Universitäten gehen, sondern soll zu deren Entlastung beitragen: Ein größeres Angebot an Fachhochschul-Studienplätzen kombiniert mit einer neuen kapazitätsorientierten Universitätsfinanzierung soll es Universitäten verstärkt ermöglichen, sich ihrer gesetzlichen Kernaufgabe, der forschungsgeliteten Lehre, zu widmen. Zweitens, die Fachhochschulen sind gleichberechtigte Partnerinnen auf Augenhöhe: Sie möchten zu Recht nicht nur universitäre Angebotslücken schließen, sondern haben selbst konkrete Vorstellungen für ihre inhaltliche Weiterentwicklung. Drittens, keine Kürzung von Budgets.

Projekttablauf: Analysephase – Abstimmungsphase - Integrationsphase

Analysephase

Aufbauend auf Analysen und Prioritätensetzungen, wurden die zu behandelnden Studienfelder eingegrenzt. Für das Projekt „Zukunft Hochschule“ wurden die rechtswissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Studien aufgrund der großen studentischen Nachfrage und der damit einhergehenden unzufriedenstellenden Betreuungssituation ausgewählt. Die Life Sciences (Lebenswissenschaften) und die Informatik wurden wegen ihrer großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung für die Innovationsfähigkeit des Standorts Österreich als zu betrachtende Studienfelder identifiziert. Die Geistes- und Kulturwissenschaften wiederum wurden aufgrund ihrer Bedeutung im Hinblick auf gesellschaftliche Transformationsprozesse bei gleichzeitiger Kleinteiligkeit des Studienangebots ausgewählt. Diese fünf Studienfelder wurden durch zwei Querschnittsthemen ergänzt: Verbesserung der Durchlässigkeit und Weiterentwicklung des FH-Portfolios. Die für diese sieben sogenannten „Fokusgruppen“ identifizierten Hochschulen wurden in einem Anschreiben Mitte Juli 2016 über die jeweils konkreten Ziele und zu diskutierenden Fragestellungen informiert.

Abstimmungsphase

Von Oktober 2016 bis Juni 2017 wurden in den einzelnen Fokusgruppen Fragen wie die sektorale Profilbildung, intersektorale Abstimmung, aber auch Kooperationsmöglichkeiten und Durchlässigkeit innerhalb und zwischen den Sektoren diskutiert. Dabei hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Mehr an Kooperation und Abstimmung auf nationaler Ebene, um international als Hochschulsystem kompetitiver sein zu können, vor Augen. In insgesamt 29 Workshops mit 329 Beteiligten konnte man sich in jeder einzelnen Fokusgruppe auf konkrete Ergebnisse und Maßnahmen einigen. Wobei hervorzuheben ist, dass es sich um konsensuale Ergebnisse handelt, die von den Hochschulen mitgetragen werden.

Integrationsphase

Aus den vorliegenden Ergebnissen werden nun, im Sommer und Herbst 2017, seitens des BMWFW Ableitungen zur Steuerung getroffen. Damit finden die Ergebnisse des Projekts Eingang in die Planungsinstrumente Gesamtösterreichischer Universitätsentwicklungsplan, in die Leistungsvereinbarungen und in den Fachhochschulentwicklungs- und –finanzierungsplan. Das bedeutet, dass das BMWFW Ergebnisse des Projekts als Ausgangsbasis nimmt, um einerseits Vorhaben zu benennen, die im kommenden Jahr mit den jeweiligen Universitäten anlässlich der Leistungsvereinbarungen 2019-2021 verhandelt werden sowie um andererseits die Schwerpunkte des kommenden Fachhochschulentwicklungs- und –finanzierungsplans zu erstellen.

Die Ergebnisse je Fokusgruppe

Geistes- und Kulturwissenschaften

- Erhöhung der Attraktivität und Sichtbarkeit von geistes- und kulturwissenschaftlichen Studien: breitere, methodisch orientierte Bachelor-Studien, fachdisziplinäre Spezialisierung vermehrt im Master-Studienzyklus.
- Einigung auf vier Pilotbereiche zur nationalen Abstimmung der Studienangebote (Altertumswissenschaften, Slawistik, Musikwissenschaft und Philosophie).
- Sichtbarmachung der bestehenden Studienangebote der vier ausgewählten und der damit verbundenen fachlichen/disziplinären Unterlegung.
- Identifikation von ersten konkreten Schritten zur inhaltlichen Abstimmung hin zu überarbeiteten, überregionalen Studienangeboten bzw. Lehrkooperationen, die harmonisiert, gemeinsam getragen und skalenmäßig nachhaltiger sind.

Life Sciences

- Entwicklung eines Lagebilds zum bestehenden Studienangebot in den Life Sciences.
- Identifikation von über 200 (z.T. auch intersektoralen) Kooperationen in Lehre, Forschung und Infrastruktur als Ausgangsbasis für weitere Intensivierung der Zusammenarbeit.
- Gegenseitige Anerkennung von ausgewählten universitären Lehrmodulen in Masterstudien (im Umfang von 15-30 ECTS Credits) zum wissenschaftlichen Austausch und zur Sichtbarmachung der eigenen Exzellenz.

Wirtschaftswissenschaften

- Erstellung eines Lagebilds über das Studienangebot im Hinblick auf Komplementarität und Arbeitsteiligkeit innerhalb der bzw. zwischen den Sektoren.
- Erarbeitung eines gemeinsamen Verständnisses über die weitere Entwicklung: Fokussierung auf Kapazitätsaufbau und Verbesserung der Betreuungsverhältnisse an Universitäten; quantitativer Ausbau bei Fachhochschulen mit Schwerpunkt auf Aufstockung von Plätzen vor Einrichtung neuer Studiengänge.
- Neue inhaltliche Impulse: Ausbau englischsprachiger Studienangebote sowie Implementierung neuer innovativer Lehr- und Forschungsinhalte

Informatik

- Analyse des bestehenden Informatik-Studienangebots und Identifikation von sektorenspezifischen Ausbildungsprofilen.
- Entwicklung neuer, u.a. auch kooperativer Ausbildungsangebote.
- Entwicklung von Angeboten zur Vermittlung von IT-Kompetenzen für Studierende anderer Studienrichtungen.

- Entwicklung von spezifischen Angeboten für „Job-Outs“.
- Gemeinsame künftige Aktivitäten im Bereich Studieninformation, Maßnahmen zur Erhöhung des Studieninteresses an Informatik und des Frauenanteils.
- Intensivierung des Dialogs der Hochschulen mit der Wirtschaft.

Rechtswissenschaften

- Klärung der Notwendigkeit der Einführung von Zugangsregelungen, um die Betreuungssituation zu verbessern und Drop-Out-Raten zu verringern.
- Konsens darüber, dass das klassische rechtswissenschaftliche Studium auch in Zukunft ausschließlich universitär angeboten wird.
- Einigung, dass Fachhochschulen interdisziplinäre Angebote mit rechtswissenschaftlichen Inhalten weiter ausbauen können, der rechtswissenschaftliche Anteil des Curriculums dabei jedoch nicht überwiegen darf.
- Noch in Diskussion (auf Basis eines europäischen Vergleichs): Umstellung der Rechtswissenschaften auf das Bologna-System.

Abstimmung FH-Portfolio/Universitäten

- Mittelfristiges Ziel für den Ausbau des FH-Sektors: mindestens 30% Anteil der Studierenden.
- Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses über Charakteristika und Differenzierungsmerkmale der beiden Sektoren.
- Konsens über die inhaltliche Weiterentwicklung des FH-Portfolios unter Berücksichtigung des Aspekts der Entlastung des Universitätssektors.
- Ausbau von dualen Studiengängen, berufsbegleitenden Studiengängen und gemeinsamen Studien von Fachhochschulen und Universitäten.

Querschnittsmaterie Durchlässigkeit

- Im Bereich Rechtswissenschaften: Verbesserung der Durchlässigkeit durch gegenseitige großzügigere Anerkennung absolvierter Fachprüfungen, Einführung einer formalen StEOP-Anerkennung und erhöhte Transparenz durch einheitliche Darstellung von Übertrittsmöglichkeiten.
- In den Bereichen Wirtschaftswissenschaften und Informatik: Einigung auf einheitliche Darstellung der Anforderungen beim (sektoralen und intersektoralen) Wechsel von Bachelor- in Master-Studien/gänge.
- Bei positiver Resonanz, ist die sukzessive Ausweitung auf weitere Studienbereiche geplant.

Mit dem Prozess wurden die Weichen für mehr Kooperation, bessere Durchlässigkeit und neue spannende Forschungsprojekte gestellt. Gleichzeitig wird erstmals eine gemeinsame strategische Ausrichtung in Stärkefeldern wie Life Sciences und Informatik sichergestellt – Bereiche, die besonders für den zukünftigen Wohlstand von großer Bedeutung sind. Neben den einzelnen Ergebnissen in den Fokusgruppen ist es sehr erfreulich, dass sich Plattformen für den fachlichen Austausch zwischen den Hochschulen bzw. zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft gebildet haben. Von den am Prozess Beteiligten wurde vielfach betont, dass durch den Diskussionsprozess ein Verständnis für die Funktionsweise und Problemlagen des jeweils „anderen“ Sektors entstanden ist. Auf dieser geschaffenen Basis soll in Zukunft aufgebaut werden. Es ist gelungen, die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure zu einer gemeinsamen Sichtweise im Hinblick auf die Stärkung des Innovationsstandorts, zu verpflichten. Durch diese Ausrichtung wird nicht nur die Wirkungskraft und Sichtbarkeit der einzelnen Institutionen erhöht, sondern auch die des gesamten Hochschulsektors. Davon profitiert der gesamte Wissenschafts-, Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich.